Nummer 254 — Halle, Mittwoch, den 29. Oktober 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und St. Beauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In der Berliner Universität wurde gestern eine polizeiwissenschaftliche Woche eröffnet. Innenminister Severing hielt eine Ansprache. Wie es in England und Amerika sei, so müßten auch wir dahin kommen, daß das Publikum den Polizeibeamten nicht als Henker und Büttel betrachte, sondern als den Schützer und den Freund des Volkes. Er werde sich mit dem Kultusministerium in Verbindung setzen, damit schon in den Schulen den Kindern eine ganz andere Vorstellung von den Aufgaben und dem Wesen der Polizei beigebracht wird.

*

Anläßlich einer Denkmalsweihe in der Nähe von Breslau kam es zwischen Stahlhelmleuten und dem Reichsbanner zu blutigen Zusammenstößen. Ueber zwanzig Verletzte, unter denen sich verschiedene Schwerverletzte befanden, mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

*

Der deutsche Industrie- und Handelstag hat an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, an dem deutsch-spanischen Handelsabkommen unbedingt festzuhalten, da er für bestimmte Industrien, namentlich des besetzten Gebietes, eine Lebensfrage sei. — Ganz so schlimm wird es nicht sein, denn bisher ging es auch ohnedem, und maßgebend muß allein das Gesamtinteresse sein.

*

In Flensburg siegte bei einer Stadtratswahl der Kandidat des Bürgerblocks mit 7 004 Stimmen gegen 2 982 des sozialdemokratischen Kandidaten.

*

In Wien fand ein Kongreß des Internationalen Bundes christlicher Eisenbahnergewerkschaften statt, auf dem sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag gefordert wurde.

*

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist in den Monaten Januar bis Juli 1924 von 141 000 auf 85 000 Personen gesunken. In Frankreich besteht zur Zeit überhaupt keine Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitermangel.

*

In Genf tagt der Mandatsausschuß für die ehemals deutschen Kolonien weiter. Man erfährt nichts, denn die Sitzungen finden **„unter Ausschluß der Oeffentlichkeit" statt!** (Wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der Sittlichkeit?)

*

In Brüssel fand gestern die erste Sitzung des Völkerbundsrates zur Mosulfrage statt, deren Entscheidung ihm von beiden Parteien, Türken wie Engländern, übertragen ist. Das Recht ist auf Seiten der Türken, die Macht auf Seiten Englands. Also hat in unserer „demokratischen" Zeit England die besten Aussichten.

*

Dem „Journal de Debats" zufolge ließ die türkische Regierung dem Vertreter Jugoslawiens wissen, er habe Konstantinopel zu verlassen, da der Lausanner Vertrag von Jugoslawien nicht unterzeichnet worden sei. — Diese Türken wissen wirklich, **was sie wollen!**

*

Heute findet in Mailand die Vereidigung der faszistischen Miliz durch Mussolini statt. In einer Ansprache erklärte Mussolini, daß die Regierung fester stehe als je zuvor. Wenn man sie nur 10 Jahre in Frieden arbeiten ließe, so wäre Italien imstande, die Zivilisation der Welt zu führen. Bei dieser Gelegenheit prophezeit er für England einen Sieg der Konservativen als Reaktion gegen **die schlechte Regierung der Arbeiterpartei.**

*

Infolge der Zunahme der inneren Unruhen in Indien hat der englische Vizekönig Lord Reading verschärfte Strafbedingungen erlassen und 56 Personen verhaftet. Unsere Demokraten nennen solches Vorgehen des Musterlandes der Demokratie England: „Sieg des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker und der Demokratie".

*

Das mexikanische Außenministerium hat die Schließung der mexikanischen Konsulate in London, Liverpool und Glasgow sowie aller Honorarkonsulate in Großbritannien angeordnet. Dies bedeutet den völligen Abbruch der mexikanischen Handelsbeziehungen zu Großbritannien. Dieser Schritt hängt damit zusammen, daß England die gegenwärtige mexikanische Regierung nicht anerkennt und ihrerseits keine Vertreter dort unterhält.

*

Wie Reuter meldet, ist Peking von den Truppen geräumt worden mit Ausnahme der Wachen im Palast und Telegraphenamt. In der Stadt herrsche Ruhe. Viel Besorgnis aber erwecken die Bewegungen Wupeifus, von dem man annehme, daß er noch stark genug sei, um zu versuchen, die Kontrolle Pekings wieder zu gewinnen. Wupeifu selbst sei in Tientsien eingetroffen.

Russische Anmaßungen.

Die gestern gemeldete Veröffentlichung des Briefes Sinowjews hat nach übereinstimmenden Meldungen in England wie eine Bombe eingeschlagen. Jetzt setzt die Sowjetregierung ihrer schon seinerzeit uns Deutschen in der Handelsvertretungsangelegenheit in Berlin bewiesenen Frechheit die Krone auf, wie folgende Nachricht aus Moskau zeigt:

„Die Sowjetregierung hat gestern eine Note an die britische Regierung abgesandt, in der sie die Echtheit des angeblichen Sinowjewbriefes in Abrede stellt und wegen der englischen Beschuldigung, bolschewistische Propaganda in Großbritannien betrieben zu haben, eine Entschuldigung fordert. Das Dokument selbst wird von der Sowjetregierung als eine grobe Fälschung bezeichnet."

Man kann wirklich gespannt sein, was die stolzen Engländer, die sich als die geborenen Herren der Schöpfung ansehen, zu dieser Forderung einer Entschuldigung sagen werden. Bisher hat noch kein Volk gewagt, dem englischen jemals so etwas zu bieten. Gibt England nach, dann hat es sich in den Augen der ganzen Welt gerichtet und hat die Grundlage seiner Weltherrschaft, die Achtung vor seiner unerschrockenen Mannhaftigkeit zerstört. — Die Sowjets spielen ein gefährliches Spiel.

*

Gelegentlich des Jahrestages des kommunistischen Aufruhrs in Hamburg erklärte Sinowjew, daß eine Revolution des deutschen Proletariats unmittelbar bevorstehe, trotz allem Dawes, Ebert und Noske. „Hamburg" ist unser Kampfruf und auch die Garantie, daß der Bürgerkrieg in Deutschland, und nicht nur in Deutschland allein, ausbrechen wird." — Armer Sinowjew, die Parole „Hamburg!" hast du schlecht gewählt: sieh dir einmal die dortige Wahlniederlage deiner roten Söldnertruppen an. Du müßtest schon dreimal soviel russische Arbeiter verhungern lassen, um dreimal soviel Getreide exportieren und dreimal soviel Millionen Bestechungsgelder nach Deutschland fließen lassen zu können. Und selbst dann — würdest du nur merken, daß unser deutsches Volk dreimal zu vernünftig ist, um auf dich zu hören.

Ein Skandal!

Sozialistische Landesverräter / Französische Hetzer.

Das **Pariser „Journal"** vom 23. Oktober schreibt in einem Leitartikel, überschrieben: **„Eine geheimnisvolle Krankheit"** wie folgt:

Die ostpreußischen Zeitungen berichten über eine geheimnisvolle Krankheit, die seit einigen Wochen im Haff wütet und bereits eine Anzahl von Todesfällen verursacht hat. Es sind Untersuchungen angestellt worden über den Ursprung der geheimnisvollen Krankheit, ohne daß die Behörden es für notwendig gehalten hätten, der Bevölkerung glaubwürdige Aufklärung zu geben. Man hatte zu Anfang gedacht, daß die Ausströmungen einer dem Stinnesconzern gehörigen Zellulosefabrik die Ursache wären. Das hat sich nicht bestätigt.

Das „Echo des Ostens", welches in Ostpreußen erscheint, weiß offenbar viel mehr, als es darüber am 30. September wie folgt schreibt:

„Genaue Beobachtungen haben es ermöglicht, eine Gasschicht zu entdecken, welche sich an der Küste und auf der Wasserfläche in einer Stärke von ungefähr 50 Zentimetern ausdehnt. Nach den Angaben eines Frontkämpfers gleichen die Krankheitserscheinungen, die durch dieses Gas hervorgerufen werden, in erstaunlicher Weise den Vergiftungen, die durch Giftgase an der Front hervorgerufen wurden."

Die „Sozialistische Republik", ein linksdemokratisches Organ aus derselben Gegend, beschäftigt sich gleichfalls mit dieser verblüffenden Angelegenheit und, nachdem sie dem „Echo des Ostens" lächerliche Unwissenheit vorgeworfen hat, schreibt sie:

„Wenn man über eine Sache Bescheid weiß dann soll man offen darüber sprechen und vom Leser nicht verlangen, zwischen den Zeilen zu lesen. Die Tatsache, daß nicht eine banale ansteckende Krankheit, sondern ist eine regelrechte Vergiftung, hervorgerufen durch ein giftiges Gas, mit dem die Wässer des Haffs gesättigt sind. Man hat zwar noch keine genaue Analyse dieses Gases gemacht, aber die bisherigen Untersuchungen erlauben die Feststellung, daß es sich um ein Gas handelt, welches die spezielle Eigenheiten des **Lessiß'** aufweist, das gegen Ende des Krieges zu militärischen Zwecken hergestellt wurde und von furchtbarer Wirksamkeit ist. Das Gas des Haffs stammt nicht etwa aus den Abwässern, es ist auch ebenso wenig ein natürliches Produkt, sondern ist ein von Menschen erzeugtes Gas, das nach bisher unbekanntem Verfahren und mit unbekannten Mitteln fabriziert wird. Es ist noch nicht möglich gewesen, festzustellen was dieses Gas zu den Gewässern des Haffs hintransportiert ist, aber man nimmt an, daß es geschehen ist mit Hilfe eines Spezialapparates."

Die „Sozialistische Republik" schließt an diese Mitteilung folgenden Kommentar an:

„Die Gleichgültigkeit und Langsamkeit, mit der die offiziellen Untersuchungen vorgenommen werden, und die bewußte Dunkelheit der medizinischen Berichte sind deutliche Beweise der Schuldhaftigkeit. **Da die Zellulosefabrik nicht schuldig sein soll, bleibt nur die Erklärung übrig, daß es sich um ein Manöver der Reichswehr oder um Versuche der schwarzen Reichswehr handelt.** Alles deutet darauf hin, daß diese letzte Annahme die richtige ist.

Alle diejenigen, die sich in den Kopf gesetzt haben, die Kriegsrüstung des Reiches für einen Revanchekrieg wieder herzustellen, denken mehr an einen Krieg mit giftigen Stickgasen als mit Artillerie, Infanterie oder Flugzeugen. Sie suchen etwas unsinnig zu machen, was die Organe der Kontrollkommission niemals entdecken werden. **Die Chefs der schwarzen Reichswehr lassen sich durch moralische Hindernisse nicht aufhalten. Sie sind es, die den Krieg gewollt haben (!), die die Verträge zerrissen (!) und Frankreich und Belgien verwüstet (!) haben.** Sie sind es auch, die aus reinem Rachegeist heute versuchen, wie sie mit dem Lewisitgas mehrere Millionen Menschen in kürzestem Zeitraum umbringen können, lediglich um den preußischen Militarismus triumphieren zu lassen".

Wir brauchen diesem Artikel keinen Kommentar anzuhängen, wir haben uns begnügt ihn wörtlich zu übersetzen, wie wir ihn in der Sozialistischen Republik vom 9. Oktober gefunden haben".

Soweit der französische Leitartikel.

Im Anschluß daran bringt er eine Reihe von aufreizenden „Enthüllungen" über den angeblichen, weit über das nach Friedensvertrag zulässige Maß hinausgehenden Stand der Reichswehr und sonstige völlige aus der Luft gegriffene Skandalmeldungen.

*

Auch wir brauchen dem französischen Leitartikel und den Ausführungen der „Sozialistischen Republik" kaum etwas hinzuzusetzen. Die Art, wie die französische Presse die geradezu hirnverbrannt anmutenden Ausführungen der „Sozialistischen Republik" wiedergibt, genügen für jeden Einsichtigen und Vaterlandsliebenden zu der Feststellung:

1. Das sozialistische „deutsche Organ hat in schnödester Weise die Interessen des deutschen Volkes verraten.

2. All solche aus angeblicher „Versöhnungspolitik" gegenüber Frankreich entsprungenen landesverräterischen Aeußerungen haben nur den Erfolg, daß das französische Volk immer mehr zur Unversöhnlichkeit und zum Militarismus gegen unser wehrlos gemachtes Volk aufgehetzt wird.

Und Leute, die durch ihre Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei eine derartig niederträchtige Unterstützung der Franzosen und ihrer Militärherrschaft über Deutschland gutheißen, sollen auch weiterhin das deutsche Volk regieren? ?

„Freiheit!"

Eine Meldung des „Daily Expreß" bezeichnet die Stimmung in Aegypten als elektrisch geladen. Am Donnerstag wird eine Massenversammlung ägyptischer Frauen zur Erörterung der Lage im Sudan abgehalten werden.

*

Ist es nicht kläglich, zu sehen, wie Türken und Aegypter und sogar die bisher so verachteten Frauen des Orients für die Freiheit ihres Vaterlandes eintreten, während bei uns Millionen echter rechter Deutscher sich von gewissenlosen Führern vorreden lassen, das große deutsche Kulturvolk dürfe nicht an Freiheit, sondern nur an „Erfüllung", d. h. Zahlung von Sklavenributen und an „Versöhnung" mit seinen Herren, den Franzosen, denken? Und das nennt man dann „Freiheit", die große, mit allen Mitteln zu verteidigende Errungenschaft der Revolution!

Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.

Von **Arthur Kudoke**, Halle (Saale).

Wir geben den nachstehenden, uns von volksparteilicher Seite zugegangenen Ausführungen Raum im Interesse einer möglichst vielseitigen Orientierung unserer Leser, ohne damit unseren eigenen Standpunkt festzulegen. Die Schriftleitung.

Der außerordentlich langsam vor sich gehende Wiederaufbau Deutschlands — damit die Verzögerung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gerechtigkeit — brachte es mit sich, daß viele national Gesinnte abseits der Wiederaufbau-Arbeit standen, weil ihnen Weg und Zielsetzung falsch erschienen. Scheinbar wurde diese Auffassung durch das erschreckend langsame Tempo der Wiederherstellung befriedigender Verhältnisse bestätigt. Rückwirkend aber hemmte die nicht immer richtige, außerdem aber allzuviele Opposition nationaler Nurkritiker den Gang der Entwicklung. Diese Opposition — die bis zum gewissen Grade aus nationalen Gründen um ihrer diesbezüglichen Wirkungen halber notwendig war — verursachte durch ihre Uebertreibungen das Beiseitestehen weiter Schichten aufbauwichtiger national Gesinnter. Darin liegt die Schuld an vielen, wenn nicht allen noch vorhandenen Halbheiten, und vor allem erklärt sich daraus nicht zuletzt das langsame Vorsichgehen der Neugestaltung aller Dinge.

Deswegen erscheint es wichtig, endlich Front zu machen gegen diejenigen, die alles bisher Geleistete in Grund und Boden verdammen, weil dadurch der nunmehr notwendige Wille zur Mitarbeit am Staat zerstört und die Neigung zum Beiseitestehen gefördert wird. Angesichts der Tatsache, daß die Wahlmüdigkeit katastrophal für die Weiterentwicklung des Staates und der Wirtschaft werden könnte — Wahlmüdigkeit ist bei denen, die den Glauben an alle Parteien verloren haben — müssen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich der bisher verfolgten Politik entgegenstellten, klar herausgestellt werden.

Es wird immer vergessen daß nach der zerstörend wirkenden Leidenschaften der politisch aktiven Volkskräften entsagen zu haben, ist unbedingt ein Verdienst derjenigen Nationalgesinnten, die verantwortungsbewußt mit Erfolg die notwendige Sanierung der Verhältnisse zunächst geistig vorbereiteten.

Nach dieser Zeit der Zurückführung der Geister auf gesunderes realpolitisches Denken war die Bahn frei für die **Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse.** Dabei war die Benutzung der linksgerichteten Partei-Organisationen ein Gebot der Klugheit, weil es galt, ohne aufbauversögernde innerpolitische Kämpfe die Stabilisierung der staatlichen Verhältnisse (Sachsen, Thüringen, Bayern) zu erreichen. Aber auch die wirtschaftliche Stabilisierung — ohne vorhergehenden Bürgertrieg — ist der Koalitions-Politik zu danken. Nur so war ohne Rückschläge die bis auf den Hausbesitz reifende Abschaffung der **Zwangswirtschaft** (praktische Zerstörung des Sozialismus), die **Durchbrechung der Räte-Mißwirtschaft und des schematischen Achtstunden-Tages** zu erreichen. Nur aus der für die bürgerliche nationale Partei, also der Deutschen Volkspartei, aus tausend Gründen qualvoller Zusammenarbeit mit von ihr umzulenkenden, geistig anders gerichteten politischen Kräften entstand die auf nationalem Besitz aufgebaute **Rentenmark** — entstanden aber auch die harten **Steuergesetze** und das **Beamtenabbau-Gesetz,** die ebenso wie die Beendigung des aus falscher Anfangsführung heraus nutzlos gewordenen passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr Voraussetzungen für die Stabilität der Mark waren. Die **finanzielle Gesundung** der deutschen Gemeinden, der Staaten und des Reiches ist mit der vorübergehenden Unpopularität der Deutschen Volkspartei nicht zu teuer erkauft worden.

So gesehen — also in richtiger Erkenntnis der gegebenen Lage — waren die Koalitionen Vorausetzung für die schnelle und katastrophenlose Durchführung der Stabilisierung in Staat und Wirtschaft.

Für die Wiederherstellung der deutschen Ehre aber (Kriegsschuldlüge), für die Wahrung der deutschen Würde und der Offenhaltung des Weges zur endgültigen deutschen Freiheit (Völkerbund — Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes) läßt sich die nunmehr kommende Periode der deutschen Politik nicht ohne eine **breite tragfähige Mehrheit derjenigen Nationalgesinnten im Parlament machen,** die anerkennen, daß ein gesunder Nationalismus nicht des Machtgedankens entbehren kann. Ohne ein Parlament mit nationalpolitisch, realwirtschaftlich und sozial gesinnendmpfindender Mehrheit ist aber auch die Aufgabe nicht zu lösen, die nunmehr zu lösen werden muß, nachdem Deutschland infolge der durchgeführten Stabilisierung im Ausland wieder Kredit und Anerkennung gefunden hat. Die Aufgabe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241029011/fragment/page=0001

nämlich, wie wir unser 60 Millionen Volk lebenskräftig erhalten — bei gleichseitiger Abtragung der übernommenen Lasten. Die deutsche Außenhandels-Bilanz stark aktiv zu machen, gleichseitig aber, nunmehr wieder jeden in Deutschland Schaffenden die Rentabilität seiner Unternehmungen resp. seiner Arbeit zu sichern, ist das ökonomische Problem, das dringend der Lösung bedarf.

Hierfür sowohl, wie für die Wiederherstellung deutscher Ehre und der endgültigen deutschen Freiheit kommen weder vom Marxismus noch vom Pazifismus beherrschte oder angekränkelte Parteien in Frage. Wenn das deutsche Volk seine Gesamt-Interessen erkennt und sich nicht durch Spezial-Interessen verwirren läßt — hoffentlich bringt uns die Wahlzeit in dieser Beziehung endlich einen großen Schritt weiter — dann ist auch die Zeit der aus vaterländischer Pflicht notwendig gewesenen Koalitionen für die Deutsche Volkspartei Gott sei dank endgültig vorbei.

Dann erst wird sie die aus ihrer national-liberalen Weltanschauung herausfließenden Kräfte voll spielen lassen können und das Zentrum der in Deutschland dringend nötigen nationalen Volksgemeinschaft werden, die ohne die Losung: „Das Vaterland über die Partei" nicht denkbar ist.

Ein vernichtendes Urteil!

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Partei, Herr Professor Gerland, hat in einem Brief an den Parteivorsitzenden, Reichsminister Koch, entschieden in Abrede gestellt, daß die Demokratische Partei nach wie vor eine Partei der Mitte sei. Dem stehe entgegen, daß ein so prominentes Parteimitglied wie Hummel gerade jetzt den Satz geprägt habe: Die Demokratische Partei sei keine Partei der Mitte, sondern eine Linkspartei, und daß Reichsminister Koch selbst ausgeführt habe, wenn es zu einer Spaltung komme, so stehe die Demokratische Partei links, sie stehe neben und an der Seite der Sozialdemokratie.

Ferner bestreitet Professor Gerland, daß die Partei irgend etwas getan habe um zum mindestens die Auswüchse des Pazifismus zu bekämpfen. Sie habe Schönaich und Quidde trotz ihres Auftretens weiter in der Partei geduldet, das unter Mitleitung des Ministers Koch stehende Banner Schwarz-Rot-Gold habe Basch in seiner provokatorischen Rede geschützt und zum Schluß begeistert die Internationale mit angestimmt.

Die Völkerbundsagitation innerhalb der Partei habe Formen angenommen, die von außenpolitischen Standpunkt aus unbegreiflich seien. Das sei Pazifismus in Reinkultur gewesen.

Der Brief schließt damit daß eine solche Politik richtiger als eine Politik der Halbheiten zu bezeichnen sei.

*

Der frühere deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, Graf Bernstorff, hat darauf verzichtet, von den Demokraten wiederum als Reichstagskandidat aufgestellt zu werden. — Wir können es ihm nachfühlen!

Die Demokraten und der Bauernbund.

Marx auf dem Zentrumsparteitag.

Marx muß recht verschieden sein von unserem großen kerndeutschen Dichter Schiller. Denn während dieser sagte: „Es war von je der Redner größte Kunst, mit wenig Worten viel zu sagen", hat Marx auf dem Zentrumsparteitag eine große Rede gehalten, deren größte Kunst darin bestand, mit vielen Worten nichts zu sagen.

Ueber die Kernfrage, ob das Zentrum Links- oder Rechtspolitik machen will, erfährt man nichts.

Im übrigen spricht Marx von den in der Zentrumspartei lebendigen Kräften und nennt als erste die „Kräfte der Beharrung, eines gesunden Konservativismus". Von den Kräften der Beharrung haben wir seit Hertlings, Erzbergers, Fehrenbachs, Wirths und Marx' Kanzlerschaft Beweise genug gesehen. Vom „gesunden Konservativismus" dagegen weniger. Weiter spricht Marx sehr begeistert, „unser Recht auf Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland, frei von allen Ketten, frei von militärischer Bewachung, es verlangt ein Großdeutschland, in dem die ganze deutsche Nation vereinigt ist, es verlangt ein Deutschland mit Kolonien, damit dieses friedliche Deutschland Absatz- und Austauschgebiete für seine Waren und Rohprodukte hat.

Das ist sehr schön und sehr national, Herr Reichskanzler. Aber „laßt endlich uns auch Taten sehn!"

Das einzig Positive der Marxschen Rede ist das Bekenntnis der Notwendigkeit, in den Völkerbund einzutreten (sofern man das als etwas Positives bezeichnen kann) und weiter die Feststellung, daß die Deutschnationalen seine Richtlinien jetzt verwerfen.

Damit schloß er. Der unbefangene Hörer muß daraus den Schluß ziehen, daß Herr Marx genau wie in der Sitzung der Zentrumsfraktion vor Reichstagsauflösung gegen eine Rechtsregierung ist.

Weiter sprach Herr Wirth, der über sein berühmtes „Der Feind steht rechts!" wohl nie hinauskommen wird, während Herr Fehrenbach in seiner Rede anzudeuten schien, daß „ein Anschluß nach links nicht nur parlamentarisch untragbar, sondern auch aus politischen und kulturellen Bedenken heraus unmöglich" sei.

Nun, man wird ja sehen, ob die „gesund konservativen" und „kulturellen" Gründe siegen werden. Einstweilen gilt:

„Da steh ich nun, ich armer Tor
Und bin so klug, als wie zuvor."

*

Die Tagung schloß mit einer Vertrauenskundgebung für Marx.

Die schwarz-weiß-rote Einheitsfront

Der Vorstand des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine gibt folgende Entschließung bekannt: „Wir vaterländischen Arbeiter richten an alle vaterländischen Parteien und Verbände die dringende Aufforderung, angesichts der kommenden Wahlen zum Reichstage und Landtage das Trennende und Abwechsende im vaterländisch-völkischen Wollen zurückzustellen und sich, wenn auch in verschiedenen Parteien marschierend, auf der schwarz-weiß-roten Einheitsfront zusammenzufinden. Das seit langen Monaten vorbereitete Ziel der Sozialdemokraten, der Demokraten und des im Zentrum ausschlaggebenden Wirth-Flügels geht offenbar darauf hin, unmittelbar nach den bevorstehenden Wahlen eine Links-Diktatur aufzurichten. Diese Kreise haben sich hierfür anscheinend des Wohlwollens der in den Entente-Ländern in der Herrschaft und an den damit in Verbindung stehenden Hilfsquellen stehenden Sozialisten und Pazifisten versichert. Gegenüber dieser außerordentlich großen Gefahren, die in dem von den genannten Parteien getragenen „Reichsbanner Rollet" (Schwarz-Rot-Gold) eine mustergültige Vorarbeit gefunden haben — die man leider vielfach unterschätzte — kann es im Interesse unseres Volkes, unserer Wirtschaft und unserer Arbeiter nur eine Wahlparole geben: Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie wurzelnd in dem Rufe:

Nie wieder eine sozialistische Herrschaft!

Der Ehrenmann der Weltdemokratie.

(Von unserem Neuyorker Berichterstatter.)

Einem Brief unseres Neuyorker berichterstatters über den amerikanischen Wahlkampf und das stillschweigende Hand-in-Handarbeiten der Demokraten und Republikaner gegen den „roten" Zakolleia entnehmen wir folgende Angaben über den von unseren Linksdemokraten so gepriesenen „Generals" Dawes:

„Herr Dawes, der sich nach Ansicht mancher Leute durch seine Mitarbeit an dem berühmten Sachverständigen-Gutachten unsterbliche Verdienste errungen hat und von der republikanischen Partei bekanntlich zum Dank dafür als Kandidat für die Vizepräsidentschaft aufgestellt wurde, ist von Hause aus ein Bankdirektor, und zwar der Gründer und Präsident der mächtigen Central Trust Company in Chicago. Im Jahre 1912 geriet die La Salle Street National Bank in Chicago in Schwierigkeiten und der verstorbene Bundessenator Lorimer, eine der ehemals übelberüchtigsten Größen der republikanischen Partei, unternahm es, die Bank in eine Kreditgesellschaft umzuwandeln. Das Gesetz des Staates Illinois bestimmt nun, daß ein derartiges Finanzinstitut über einen Barbestand von mindestens 1 250 000 Dollar verfügen muß. Da diese Fonds nicht vorhanden waren, wandte sich Lorimer an Dawes mit dem Ersuchen, ihm das Geld auf kurze Zeit zur Täuschung des staatlichen Revisors vorzustrecken. Auf Veranlassung von Dawes und ohne Wissen des Aufsichtsrates wurde die Summe dann auch von der Central Trust Company an Lorimer ausgezahlt, von diesem dem Revisor vorgelegt und einige Tage später wieder an die Zentral Trust Company zurückgeführt. Bald darauf verklagte die Lorimer Bank und die Gläubiger verklagten Dawes wegen seiner Beihilfe bei der Täuschung des Revisors auf Schadenersatz. Der Prozeß beschäftigte die Gerichte volle zehn Jahre lang. Am 19. Juni dieses Jahres entschied schließlich die höchste Instanz, daß Dawes sich grober Fahrlässigkeit schuldig gemacht und Schadenersatz zu leisten habe."

*

„Grobe Fahrlässigkeit" ist ein famoser Ausdruck für das Betrugsmanöver gegen den staatlichen Aufsichtsbeamten. — Aber — in Amerika sind die Gerichte demokratisch-republikanisch.

Herriot spricht in Lyon.

Auf der Messe in Lyon hielt Herriot eine große Rede, in der er u. a. ausführte:

„Wir müssen im Osten Holz, Getreide, Petroleum usw. einkaufen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Der Augenblick ist gekommen, um Frankreich mit der Welt zu verbinden. Ich will für das Land im großen das tun, was ich im kleineren Umfang für die Stadt Lyon tat: Reichtum schaffen.

Wir müssen eine Einwanderungspolitik treiben, ähnlich wie die Vereinigten Staaten, aber mit weniger Strenge. Wir dürfen in unsere Länder keine unerwünschten Einwanderer eindringen lassen. Die Krisis der teuren Lebenshaltung, die wir durchmachen, und die für uns ein Gegenstand der Besorgnis ist, kann nur durch langwierige Arbeit beseitigt werden."

*

Was sagen unsere Sozialdemokraten, diese begeisterten Anhänger Herriots, zu dieser „kapitalistischen" Politik des „Reichtumschaffens"? Und zu der Erkenntnis, daß Teuerung „nur durch langwierige Arbeit beseitigt werden" kann? Der Mann hat vollkommen recht, liebe Leute! Nur sind unsere sozialistischen Führer zu unfähig, einzusehen, daß für uns ganz das gleiche gilt.

Im übrigen liegt in der Betonung der Notwendigkeit einer Einwanderungspolitik ein kläglisches Geständnis, daß die Franzosen selber nicht mehr imstande sind, ihr Land zu bevölkern. Und da behaupten unsere sozialistischen Führer, die „Gerechtigkeit" verlange, daß das deutsche Volk, das nicht weiß, wie es sich selber ernähren soll, mit seinem Schweiß und mit unbezahlten Reparationsleistungen den Franzosen „Reichtum zu schaffen", damit die wenigen Franzosen in ihren schönen Lande wie in einem prachtvollen Park als Rentner leben können, ähnlich wie vor Jahrhunderten zur Zeit der Leibeigenschaft, nur daß die Leibeigenen keine Franzosen und keine Negersklaven, sondern Deutsche sind!

Die deutschen Minderheiten und der Völkerbund.

Die „Deutsche Rundschau in Polen", das Bromberger führende Blatt des Deutschtums, nimmt zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eine bemerkenswerte Stellung ein. Während gewöhnlich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gerade vom Standpunkt des Auslandsdeutschtums und der deutschen Minderheiten in der Welt begrüßt und empfohlen wird, weil Deutschland durch seine Tätigkeit im Völkerbund Schirmherr und Schützer der Rechte der deutschen Minderheiten sein könne, bezweifelt das Blatt, es müsse seine Stellungnahme revidieren, wenn man mit dem vermeintlichen Willen der deutschen Minderheiten im Ausland Politik treiben wolle. Am Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne den deutschen Minderheiten im Ausland nur dann etwas gelegen sein, wenn durch die dem Deutschtum feindliche Atmosphäre in der Welt verbessert werden könnte. Der Himmel werde für Deutschland nur deshalb lichter, weil sich die Wolke von Lug und Trug nicht ewig zu halten vermöchte. Den Minderheiten aber könne ein reichsdeutscher Anwalt vor dem Genfer Tribunal sehr viel Verdrießlichkeiten bringen. Die Wünsche der polnischen Mitbürger wittere in dieser Betonung der deutschen Volksgemeinschaft sofort einen geheimen Berliner Plan, eine propagandistisch werdende Irredenta-Gefahr, und die Annahme der Forderungen der Minderheiten werde dadurch erschwert, daß sie vom rein rechtlichen Gebiet aus das politische gezogen würden. Man habe in dieser Hinsicht bereits Erfahrungen gemacht und finde diese Ansicht durch die Aeußerungen eines hohen Völkerbunds-Beamten bestätigt. Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sei eine Angelegenheit der deutschen Regierung und nicht der gesamten deutschen Nation Europa. Wenn das ganze Deutschland zwischen Rhein und Weichsel darüber zu befinden hätte, wäre vor allem die Frage zu erörtern, ob ein West- oder eine Ostorientierung den deutschen Interessen zur Förderung und der Welt zum Heile diene, und ob der Deutsche sich nicht eine etwa Ostorientierung dadurch verscherze, daß das Deutsche Reich in Genf seine Wüstenkarte abgebe. Die Deutschen als polnische Staatsbürger müßten ihre Uninteressiertheit in dieser Angelegenheit erklären, möchten aber ihren Stammesbrüdern im Reich in aller Bescheidenheit und doch mit allem Nachdruck lediglich den wohlgemeinten Rat geben, daß sie von sich aus die Frage der nationalen Minderheiten in Deutschland beraten vorbildlich lösen möchten, daß sie jede vom Völkerbund geleistete Arbeit in den Schatten stellen könne. Wolle man bei Lösung dieser Frage das Deutschtum in Polen um Rat fragen, so werde es — gewiß im Einverständnis mit der polnischen Nation — mit dem reichen Schatz seiner Erfahrungen nicht zurückhalten.

Wie verschieden die Ansichten innerhalb der Minderheit in einem und demselben Staate allerdings sind, beweist ein fast gleichzeitig erschienener Aufsatz in der „Kattowitzer Zeitung", dem Organ der Deutschen in Oberschlesien, in dem es heißt, der Schutz der Minderheiten könne nur durchgeführt werden, wenn derjenige Staat mitarbeite, dessen Volksgenossen in Europa am meisten in der Zerstreuung leben, also Deutschland. Die Deutschen in Oberschlesien würden Deutschland im Völkerbund und vor allem im Rat des Völkerbundes begrüßen als den geborenen Schirmherrn für die Vertretung der Minderheitsrechte damit die Oberschlesier im Völkerbund nicht mehr um die Vertretung ihrer Rechte betteln müßten.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß die brasilianische Regierung der japanischen ihre Einwilligung für die Einwanderung von 3000 Japanern nach Brasilien gegeben hat. Das erste Kontingent dürfte bereits Ende dieses Monats nach Rio de Janeiro sich einschiffen. — Mögen die Japsen sich ruhig beim Urwaldroden Schwielen, Sandflöhe und Malaria holen!

Mutter des Lebens.

Roman von Grete Friedrich.

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Lilli hielt den Hochzeitsspruch bei festlich geschmückter Tafel.

Wie die Sixtinische Madonna Raffaels schwebt Gerlinde vor uns. Die Madonna, die uns das Göttliche in irdischer Gestalt verkörpert, richtet sie nicht ihre Blicke auf das Wesen, das in ihr ruht? So schreitet Gerlinde in das Wesen hinein, das aus ihr in sie zurückströmt.

Sie ging einen anderen Weg als wir vier Schwestern; sie ging den alten, einfachen Frauenweg, mit neuen, ganz neuen Kräften, ihn dadurch neu gestaltend, geltend machend, neu aufzeigend für die Schwester.

Heute, an dieser Wegwende, finden wir uns zusammen, die wir unzertrennlich durch eine Ehe verbunden sind. Wir reichen uns wie einst die Hände zu dem gleichen Ziele. Nicht mehr im Spiel, nicht mehr in Lebenssehnsucht, in der Lebenserfüllung, als Schafferinnen am gleichen Werke, das heute wie einst sich leuchtend über uns erhebt: Geistige Mutterschaft."

Große Tränen tropften über Gerlindes Gesicht.

Mit dem letzten Zuge der kleinen Bahn fuhren sie heim, Arnulf und Gerlinde. Wölfchen und Adelrune sollten unbedingt bei Rotkämzchens bleiben, baten die Schwestern.

Die Nacht war hell von tausend Sternen; sie sich Liebenden fühlten nur, daß sie unter ihnen dahinschritten, von der Erde fühlten sie nichts.

Nun sollte sich's bauen, das neue Menschheitswerk. —

Das letzte Denken vor ihm war stummes Ringen mit Gott.

„Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!"

*

Als Arnulf und Gerlinde eines Tages im Herbst zurück ins Haus traten, sprangen ihnen Wölfchen und Adelrune entgegen. Sie waren eben mit Tante Dorette von Rotschwänzchens gekommen und zwitscherten um die Wette. Es quirlte nur so durcheinander von den vielen Tanten, die mitspielten wie kleine Kinder, der Märchengroßmutter, von Levkeln und Pflaumen, dem alten herrlichen Nußbaum und den Begräbnisteinen im bunten Laub.

Tante Dorette hatte sogleich nach ihrer Ankunft einen prüfenden Rundgang durchs ganze Haus angetreten und war dann über den Hof in den Garten hinabgestiegen. Jetzt eben trat sie ein, noch im Reisegarnitur mit Schirm und Handschuhen.

„Bist du zufrieden, liebe Tante Dorette?" begrüßte Arnulf sie freundlich.

„Aber sehr, bester Arnulf"! Sie küßte ihn herzhaft. „Alles ist größten Lobes wert, bis auf, — nun —," sie zuckte in ihrer entschiedenen Art die Schultern und zog ihre Handschuhe ab.

„Nun?" fragte Gerlinde lachend. Ihre tiefblauen Augen forschten in Tante Dorettes Gesicht.

Auch Arnulf bat demütig um Tante Dorettes Urteil.

Doch sie wehrte ab. „Liebe Kinder, das hängt wieder mit der Kompliziertheit eurer modernen Anschauungen zusammen, ihr werdet lachen über die zurückgebliebene Tante."

Arnulf half ihr beim Ablegen. Gerlinde richtete die Abendmahlzeit, — die jubelnden Kinder lagen endlich in ihren weißen Betten.

„So einen hohen, hellen Raum braucht meine Gerlinde gerade, Tante Dorette. Es stimmt durchaus zu ihrer hellen, hochgemuteten Art."

„Wie du das sagst, lieber Arnulf, leuchtet es ein. Aber wenn man es nüchtern betrachtet —"

„Das war es also, was Tantchen auszusetzen hatte," lachte Gerlinde heiter, daß sie's entdeckt hatte.

„Nun ja," gestand die Gute. „Ihr habt weder Salon, noch Eßzimmer, weder Wohnraum, noch Kinderstube, — der Herr muß aber ein großes Zimmer für sich haben. Und nicht genug damit, — die Frau darf wahrhaftig ein noch größeres Zimmer beanspruchen. Wozu eigentlich? Man sollte meinen, wenn es nicht doch mit diesen verflixten modernen Ideen zusammenhängt, ihr wißt euch aus."

„Soll ich die Führung durch das Reich der Gerlinde übernehmen, liebe Tante Dorette?" erbot sich Arnulf höflich und mit der freundlichsten Miene.

„Schön!" sagte Tante Dorette.

„Sieh, Tante Dorette," er führte die Erstaunte am Arme an den Eingang zurück. „So tritt man ein. Das erste, was man sieht, ist das riesengroße Bild der Sixtinischen Madonna, das Geschenk der Schwestern Rotschwanz zur Hochzeit. Es hängt in der Mitte des Raumes und weiht ihn gewissermaßen. Es sagt uns gleich, daß dieser Raum einer Frau gehört. Das muß man auch aus allen anderen Sachen unbedingt herausfühlen. Hier die kleinen geflochtenen Bastsitzstühle und der große, hellbirkene Tisch in der Mitte laden zum sonnigen Verweilen ein. Man blickt auf den großen, fein abgetönten Dahlienstrauß in dem runden Glase und nimmt eins von den feinen Büchlein, die in einem schönen Gewande hier auf dem Tische zur Erbauung liegen, erwartungsvoll in die Hand. Etwa dieses hier, ein Lieblingsbuch der Gerlinde: ‚Sturmliederbuch mit Handzeichnungen von Josua Leander Gampp.' Oder das andere mit seinen glückstrahlenden Bildern: ‚Das Haus in der Sonne von C. Larsson.' Ueber dem Ruhebett, das mit der Kopfseite an die Wand gerückt steht, hängt ein einsames Bild: ‚Jesus am Kreuz.' Es ist der Augenblick dargestellt, wo die Natur beginnt, den Tod des Erlösers zu fühlen. Die Menschenverlassenheit um ihn ist durch große dunstige Nebelwolken angedeutet, die bis an seine Füße reichen. Vollbracht! Das ist das Lieblingsbild der Gerlinde; ein noch unbekannter jüngerer Maler hat dieses Meisterwerk für sie geschaffen. Und hier, Tante Dorette —!"

Arnulf schlug mit einer Handbewegung den Vorhang zurück, der den kleinen, sonderbaren Anbau verdeckte, der einst als Sakristei gedient haben mag.

„Dieser kleine, hellbirkene Schreibtisch ist das Hochzeitsgeschenk von Ulla Greiß. Rechts in halber Höhe das Bücherbord vereinigt die Bücher des Vaters. Und über dem Schreibtisch allein, das Bild der Mutter. Kurz vor ihrem Tode festgehalten, mit der Frage aus der Ewigkeit schon halb auf den Lippen. Mehr findet man hier nicht, nur den Blick auf den Garten hat man noch, und die Bäume hört man rauschen..."

Tante Dorette war zuerst verwundert und dann immer bestürzter geworden, je länger Arnulf sprach. Zuletzt blickte sie Gerlinde fassungslos an. „Tante Dorette," fragte Gerlinde besorgt, „sorgst du dich noch um unsere Gemeinsamkeit?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241029011/fragment/page=0002